

# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags um 4 Uhr. Bestellungen nehmen zu jeder Zeit die Postämter in allen Orten des Reiches entgegen. Druck und Verlag: Wilsdruffer Verlagsanstalt, Wilsdruff.



Anzeigenpreise laut tarifmäßiger Preisliste Nr. 2. - Ziffer-Gebühr: 20 Hpf. - Belegzahlen dem Erscheinungstage und Spaltenbreite werden nach Möglichkeit berücksichtigt. - Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Rossen sowie des Forstrentamts Tharand.

amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rossen sowie des Forstrentamts Tharand.

Nr. 168 — 97. Jahrgang      Druckschrift: „Tageblatt“      Wilsdruff-Druckerei      Postfach: Dresden 2640      Donnerstag, den 21. Juli 1938

## Prager Winkelzüge

Die Prager Regierung hat scheinbar eingesehen, daß es mit den kriegerischen Maßnahmen nicht mehr so recht geht, weil die Feststellungen der deutschen Presse die Wahrheit über die unglücklichen militärischen Vorgänge in der Tscheco-Slowakei verbreitet haben und die Welt den Prager Versicherungen nicht mehr glaubt, daß die großen Truppenverschiebungen, Befestigungen der Grenze usw. nur harmlose „Spielereien“ seien. Verlegenes Schweigen herrscht in dieser Beziehung in Prag. Daher sucht die Prager Regierung zu retten, was in der Welt an Ansehen noch zu retten ist, und begibt sich über Nacht auf das politische Gebiet. Aber auch hier betreibt die Prager Regierung kein ehrliches Spiel, sondern greift zu den Methoden, die mit den besten Praktiken eines Winkeladvokaten verdamnte Nehrlichkeit haben.

Ueber die französische Nachrichtenagentur „Agence Fournier“ wird eine einseitige Fassung des südböhmischen Memorandums vom 7. Juli veröffentlicht, das den Besprechungen mit der tschecho-slowakischen Regierung zugrunde lag. Es ist ein unfairen Winkelzug der Tschechen, da ausdrücklich vereinbart worden war, das Memorandum unbedingt vertraulich zu behandeln. Infolgedessen sah sich die SDP. veranlaßt, gegenüber den neuen Entstellungen und Verwirrungen, die die Prager Regierung in der Nationalitätenfrage veranlaßt hat, das südböhmische Autonomieprogramm zu veröffentlichen, das aller Welt zeigt, wie sehr die SDP. bemüht ist, in aufbauender Mitarbeit und in maßvollster Haltung eine ehrliche und dauerhafte Lösung zu suchen, der die Gegenseite aus dem Wege zu nehmen bemüht ist.

Es muß gegenüber einer amtlichen Prager Verkündung festgestellt werden, daß die Nationalitätenverhandlungen noch nicht in ihr Schlußstadium getreten sind. Bisher haben lediglich informelle Gespräche zwischen der SDP. und der Prager Regierung stattgefunden. Verhandlungen sind überhaupt nicht in Gang gekommen. Prag spielt ein abgekartetes Spiel, aber es kann durchschaut werden. Der tschechische Ministerpräsident H. D. Šedláček versicherte am 15. Juni, das südböhmische Memorandum und die Regierungsvorschläge sollten „eine gleichrangige Verhandlungsgrundlage“ bilden. Demgegenüber wird jetzt nur von der „Grundlage“ gesprochen, welche innerhalb der Regierungskoalition geschaffen worden ist. Den tschechischen Machthabern in Prag ist es vor allem um eine Verschleppung der Lösung bis zum späten Herbst zu tun, wobei es zugleich typisch ist, daß ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des tschechischen Staatspräsidenten Beneš dem Ministerpräsidenten Šedláček jetzt die gewünschte Rückendeckung gegeben hat. Ein Sprachengefetz und das Nationalitätenstatut sollen im August dem Prager Parlament vorgelegt werden, während drei restliche Gesetzesentwürfe, darunter die wichtige Verwaltungsreform, erst im Herbst vom Parlament behandelt werden sollen. Die Volksgruppen in der Tscheco-Slowakei sollen zwar nicht „verpflichtet“ sein, die Vorlage anzunehmen, sie werden aber keine Änderungsanträge mehr einbringen können. Mit diesem unehrlichen tschechischen Spiel werden sich weder die Südböhmen noch die Slowaken, Magyaren, Ruthenen und Polen abfinden können.

Die Winderheiten in der Tscheco-Slowakei können das um so weniger tun, als beispielsweise der tschechische Plan einer sogenannten „Länderautonomie“ darauf hinausläuft, dem Tschechentum auch weiterhin die Möglichkeit zur Majorisierung der anderen Volksgruppen zu sichern. Prag sucht weiter an der Fiktion eines tschechischen „Staatsvolkes“ festhalten zu wollen, macht völlig ungenügende Zugeständnisse in der Sprachenfrage und zeigt in der beabsichtigten Schaffung eines Nebeneinanders von tschechischen und deutschen Abteilungen in bestimmten Verwaltungseinrichtungen, daß der Wille zum Ausgleich und der Geist ehrlicher Verständigungsbereitschaft bei der Prager Regierung fehlt.

Demgegenüber ist das südböhmische Programm auf friedliche und ehrliche Verständigung abgestellt. Das südböhmische Memorandum fordert u. a. die wirkliche Gleichberechtigung der Völker und Volksgruppen im Staat, die Gewährleistung des „demokratischen Prinzips der Volkssouveränität“, Schutz gegen Entnationalisierung, ungehindertes volkstümliches Bekenntnis und Untergliederung des Staatsgebietes in das tschechische, deutsche, slowakische usw. Volksgebiet. Auch die südböhmische Forderung über die Zusammenfassung der Nationalversammlung und der Volksvertretungen ist klar und einwandfrei.

Man wird gespannt sein müssen, was die englische Öffentlichkeit zu den durchsichtigen taktischen Manövern der Prager Regierung zu sagen haben wird. Das Prager Kabinettsrat hat es nicht für nötig gefunden, die guten Ratschläge, die ihm von Paris und London aus gegeben worden sind, zu beachten. Es glaubte sich mit Hilfe eines parlamentarischen Tricks und einiger Spiegelschereien aus der Affäre ziehen zu können. Das ist ein Irrtum und wird es bleiben.

## Moskaus Abenteuerpolitik in Fernost

Lebhafte Truppenbewegungen — Japanische Presse stellt ernste Lage fest  
Ergebnislose Aussprache bei Litwinow-Finkelstein.

Der japanische Botschafter Shigemitsu, der nach Unterbrechung seiner Urlaubsreise wieder in Moskau eingetroffen ist, suchte den Außenminister Litwinow-Finkelstein auf, um den Grenzfall bei Hunschun erneut zur Sprache zu bringen. Der Botschafter vertrat energisch, gestützt auf Beweismaterial, das der japanischen Regierung vorliegt, den Standpunkt, daß der von sowjetrussischen Truppen im Bezirk Hunschun besetzte Grenzpunkt zu Mandschukuo gehört und deshalb von den Sowjets unterjüchlich geräumt werden müßte. Litwinow-Finkelstein habe darauf die aus der sowjetrussischen Verkaufsbilanz vom 17. Juli bereits bekannte These wiederholt, wonach die Sowjettruppen sich keiner Grenzverletzung schuldig gemacht hätten, da der besetzte Ort nach Ansicht der Sowjetregierung zum Gebiet der Sowjetunion gehöre. Im Verlaufe der über eineinhalb Stunden dauernden Unterredung konnte keine Übereinstimmung erzielt werden.

### Lebhafte Truppenbewegungen auf sowjetrussischer Seite.

In Tokio fanden am Mittwoch längere Besprechungen zwischen dem Kriegsminister und dem Außenminister über den Grenzfall bei Hunschun statt. Die japanische Presse stellt in ausführlichen Meldungen fest, daß weder die Moskauer Regierung noch das sowjetrussische Generalkonsulat in Eharbin Vereinstwilligkeit zur Wiederherstellung der normalen Lage an der mandschurischen Grenze gezeigt hätten. Die Blätter betonen den Ernst der Lage unter Hinweis auf zahlreiche Sondermeldungen aus dem Hunschun-Nebengebiet, wonach in der letzten Nacht lebhaft sowjetrussische Truppenbewegungen hinter der Grenze festzustellen waren. Auf dem Land- und dem Seewege seien Verstärkungen aller Waffen aus der Basis Bladiwohol eingetroffen. Gleichzeitig habe rege Fliegertätigkeit geherrscht, wobei wiederholt die Grenze überfliegen wurde, allem Anschein nach zur Durchführung von Erkundungen.

In politischen Kreisen glaubt man, daß Moskau sich trotz dieser offenen Herausforderungen schließlich doch noch über die Gefährlichkeit einer Abenteuerpolitik klar werden müsse. Falls jedoch die militärische Aktivität im sowjetrussischen Grenzgebiet fortdauere, müßte eine friedliche Beilegung des Zwischenalles als hoffnungslos angesehen werden.

Kabamitlich wurde in Kreisen des Außenamtes erklärt, daß Japan im Falle eines militärischen Eingreifens keineswegs gebietsmäßige Absichten verfolgen oder gar die Grenze überschreiten würde. Japan würde nur von seinem Recht Gebrauch machen, seine Grenze zu sichern.

### Ganze Regimenter wollten überlaufen

Eintrunde Kampfbereitschaft der bolschewistischen Truppen. Die spanische Ueberläufer über einstimmig nach dem Siege der Truppen Franco bei Mora-Rubielos die Absicht, geschlossen zu den nationalen Verbänden überzuliegen. Der Plan scheiterte jedoch in letzter Minute, da barcelonatsene Elemente Maschinengewehrfeuer auf die Ueberläufer eröffneten. Die beteiligten Regimenter sind wegen revolutionärer Unzuverlässigkeit aufgelöst worden, die Mannschaften wurden strafweise auf die sogenannten „Disziplinärbrigaden“ verteilt.

Im Rücken der bolschewistischen Front werden dauernd neue Gräben ausgehoben. In den Schanzarbeiten sind Zivilisten gezwungen worden, die wie Hufschmied arbeiten müssen. Die Aufsicht führen „zuverlässige“ Elemente, die mit Peitschen und Revolvern für Durchführung der Arbeiten sorgen.

### Nahrungsmittelforgen in Madrid

Die aus Valencia vertriehen, wurden dort über 50 Personen, darunter 20 Beamte, verhaftet, weil sie an von den bolschewistischen Machthabern angeführten Demonstrationen nicht teilgenommen hätten. In Barcelona wurden aus demselben Grunde schon 13 Personen erschossen. Wie man weiter erfährt, ist infolge des Mangels an Arbeitskräften in Sowjetspanien und der Zerstörung der Felder — insbesondere der Reisfelder — eine Gefährdung der Nahrungsmittelfversorgung eingetreten, die sich vor allem in Madrid und an der Levante-Front erheblich bemerkbar macht.

### Betrug am Frieden

Die Lügen der „News Chronicle“ von einem polnischen Blatt angebracht.

Die in dem englischen Blatt „News Chronicle“ und in dem französischen „Ordre“ veröffentlichte Fälschung einer angeblichen Denkschrift Generals von Reichenau wird jetzt auch von der polnischen Zeitung „Gazeta Polska“ in einem Bericht ihres Pariser Berichters als ein gewöhnlicher Betrug nachgewiesen.

Dieser Betrug, so heißt es in dem Brief, habe seine besondere Grundlage. Alle Einzelheiten stimmten auf das genaueste mit dem überein, was seit mehr als zehn Monaten diejenigen französischen Blätter schreiben, die für eine Intervention zugunsten Spaniens eintraten. Dieser angebliche Bericht Generals von Reichenau befestigte jede einzelne Information dieser kriegslustigen französischen Pazifisten, und zwar bis zum letzten T-Zeichen.

Man müßte glauben, daß General von Reichenau die Äußerung, die seit eineinhalb Jahren in der „Humanité“ veröffentlicht werden, auswendig gelernt habe. Allzu gut und allzu geschickt sei das gemacht und die Übereinstimmung zu genau, so daß schon als Endergebnis der Eindruck einer großen Naivität entstehe. Um ganz klar vorzugehen, habe man die Veröffentlichung dieser Fälschung dem rechtseingestellten „Ordre“ anvertraut, dabei aber nur vergessen, daß „Ordre“ heute in den Augen der französischen Öffentlichkeit nur ein scheinbar rechtsgerichteter Organ sei, das in Wirklichkeit nichts anderes sei als ein gefälliges Werkzeug der Sowjetbotschaft in Paris.

Das Ziel dieses Manövers sei klar. Man wollte mit dieser Fälschung die Verwirklichung des Londoner Nicht-Einmischungsabkommens unmöglich machen. Man wollte in Frankreich die Kriegspolizei verschärfen. Es ginge den Fälschern darum, über die Pyrenäen nicht nur sowjetisches Kriegsgesetz, sondern auch noch französische Interventionstruppen zu schaffen. Die Fälschung sei ein höchst charakteristischer Versuch der Sowjetregierung mit dem Ziel, die bevorstehende Lösung der Spaniensfrage aufzuhalten.

### Chamberlain über ein deutsches Dementi

Premierminister Chamberlain teilte schriftlich auf eine Anfrage im Unterhaus mit, daß der deutsche Botschafter in London am 13. Juli im Auftrage vorgeprochen und erklärt hat, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, die Richtigkeit von Artikeln in der britischen Presse vom 12. Juli zu dementieren. Der Inhalt dieser Artikel sei der angebliche Text einer Vorlesung gewesen, den ein deutscher General über deutsche Ziele auf der Iberischen Halbinsel gehalten habe. Der Botschafter habe erklärt, daß niemals eine derartige Vorlesung gehalten worden sei und daß seine Regierung ein formales Dementi zu diesen Berichten herausgäbe.

Diese Erklärung bezieht sich auf den Artikel der „News Chronicle“ vom 12. Juli.

### Heftige Kämpfe an der Sagunt-Front

An der Sagunt-Front setzten die Kolonnen der Generäle Varela und Aranda, die sich am Dienstag vereinigt haben, am Mittwoch ihre Angriffe auf die roten Verteidigungsstellungen fort, die im Montag-Graben konzentriert sind. Die rote Heroisierung versucht hier mit aller Entschiedenheit, den Vorstoß der nationalen Truppen aufzuhalten, da sich vor Sagunt keine weiteren natürlichen Schutzstellungen mehr befinden. Nach heftigen Kämpfen konnten die nationalen Truppen bedeutende Erfolge erzielen. Sie beherrschen die Ortschaften Montan und Montanejos. Der Feind erlitt eine schwere Niederlage. Die Zahl der Gefangenen ist bedeutend.

### 77 Morde, 32 Terrorakte!

Die Schreckenbilanz des jüdischen Terrors in Palästina. Dominionminister Malcolm MacDonald gab im Unterhaus im Rahmen der kleinen Anfragen eine Uebersicht über die Terrorakte, die sich in der jüngsten Zeit in Palästina ereignet haben. Danach sind im Laufe der letzten vierzehn Tage bis zum 19. Juli 77 Personen getötet und 247 verwundet worden. 32 Fälle von Terrorakten einschließlich Bombenwürfen waren zu verzeichnen, 52mal ist auf dem Hinterhalt geschossen worden. Siebenmal sind bewaffnete Raubüberfälle verübt worden. Eine Entführung ist vorgekommen. In Haifa wurden 26 Brandstiftungen festgestellt. Gegen jüdisches, arabisches und Regierungseigentum sind außerdem eine Reihe von Sabotageakten verübt worden.